

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد همه سر به سر تن به کشتن دهیم
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Aus: Ausgabe vom 01.06.2017, Seite 2 / Inland

Junge welt

02.06.2017

Abschiebungen in den Terror

Anschlag in Kabul tötet mindestens 80 Menschen. Bundesregierung hält an »Rückführungen« fest. Protest gegen Festnahme von Afghanen in Nürnberg



Bleiberecht statt Kriegsgebiet: Am Mittwoch demonstrierten 50 Menschen vor der afghanischen Botschaft in Berlin

Foto: Björn Kietzmann

Bei einem Bombenanschlag nahe der deutschen Botschaft in der afghanischen Hauptstadt Kabul sind am Mittwoch mindestens 80 Menschen getötet worden. Die Zahl der Verletzten liege bei mehr als 350, sagte ein Vertreter der Gesundheitsbehörde. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) zufolge wurde ein afghanischer Wachmann an der deutschen Vertretung getötet, mehrere Bedienstete der Botschaft seien verletzt worden.

Die starke Explosion ließ noch in mehreren hundert Metern Entfernung Fenster bersten und riss Türen aus den Angeln. Auf Videoaufnahmen waren eingestürzte Mauern, brennende Trümmer und zerstörte Autos zu sehen. »Es fühlte sich an wie ein Erdbeben«, sagte ein 21-jähriger Bankangestellter, der am Kopf verletzt wurde. Die Taliban wiesen die Verantwortung für den Anschlag zurück. Man verurteile derartige Angriffe, die Zivilisten töteten, hieß es in einer Erklärung.

In Afghanistan hat die Gewalt seit Ende 2014 deutlich zugenommen. Die Taliban kontrollieren oder haben Einfluss auf mehr als 40 Prozent des Landes, wie aus Schätzungen der USA hervorgeht. In den USA wird deswegen über eine Aufstockung der Truppen am Hindukusch debattiert.

Als Reaktion auf den Anschlag wurde eine für den gestrigen Mittwoch geplante Abschiebung abgelehnter Asylbewerber verschoben. Begründet wurde das allerdings nicht mit einer neuen Einschätzung der Sicherheitslage in Afghanistan, sondern mit Rücksichtnahme auf die Diplomaten. »Die deutsche Botschaft in Kabul hat eine wichtige logistische Rolle beim Empfang rückgeführter Personen vor Ort«, hieß es aus der Bundesregierung. Die dortigen Mitarbeiter hätten so kurz nach dem Attentat nun Wichtigeres zu tun, als solche organisatorischen Maßnahmen vorzubereiten. »In den nächsten paar Tagen wird es daher keine Sammelrückführung nach Afghanistan geben.«

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) betonte, an der grundsätzlichen Haltung der Bundesregierung werde sich nichts ändern. »Es ist keine Veränderung der generellen Linie, sondern es ist eine Entscheidung, die den Umständen des heutigen Tages geschuldet ist«, sagte er am Mittwoch in Berlin. Der Abschiebeflug werde baldmöglichst nachgeholt. »Der Außenminister und ich sind uns einig, dass in maßvoller, bestimmter Weise Rückführungen nach Afghanistan zumutbar und notwendig sind«, so de Maizière.

An einer Berufsschule in Nürnberg sorgte die geplante Abschiebung eines aus Afghanistan stammenden Mitschülers am Mittwoch für spontane Proteste. Als Polizisten den 20jährigen aus der Bildungsstätte abholen und in Gewahrsam nehmen wollten, blockierten mehrere hundert Mitschüler das Polizeifahrzeug. Die Beamten gingen gewaltsam gegen die Demonstranten vor. Man habe nur unter Einsatz von Pfefferspray und durch »körperlichen Zwang« die Mitnahme des Heranwachsenden durchsetzen können, erklärte das Polizeipräsidium Mittelfranken. (Reuters/dpa/AFP/jW)